

„Ausländer sind ein Zugewinn für Dresden“



Egal wohin man schaut, täglich überfallen uns Gutmenschen mit neuen Drohungen und Forderungen. Nachdem es in Sachsen noch überschaubar und relativ ruhig mit unseren Kulturbereicherern zugeht, fordert die neue Integrations- und Ausländerbeauftragte Uta Kruse (Foto) in der Dresdner Morgenpost, mehr Menschen mit Migrationshintergrund nach Sachsen zu holen. „Die Dresdner müssen noch mehr erkennen, dass Ausländer ein Zugewinn für die Stadt und das Leben hier sind“, so Kruse.

(Von Mario S.)

Die [Dresdner Morgenpost](#) berichtet:

Nach einem holprigen Beginn will Dresdens neue Integrations- und Ausländerbeauftragte durchstarten. Dr. Uta Kruse (54) möchte erreichen, dass Dresdner und Ausländer mehr aufeinander zugehen: „Viele haben ein gefühltes Problem mit Ausländern – aus Unkenntnis.“

Seit einem Monat ist Frau Kruse im Amt. Vorab gab es Querelen: Die Besetzung des Postens wurde zum Machtkampf zwischen dem Ausländerbeirat und Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU). Schließlich setzte sich die OB durch. „Das Ganze

hat mich natürlich nicht unbeeindruckt gelassen“, so die Erziehungswissenschaftlerin. „Aber mir war schnell klar, dass es nicht gegen mich ging. Und ich wollte die Aufgabe unbedingt.“

Integration und Partizipation sind die Schlüsselworte in Frau Kruses Arbeit. Dabei sei vor allem die Sprachentwicklung wichtig. „Sprache brauchen alle, um sich zu organisieren, zu orientieren und ihre Rechte wahrzunehmen“, so die Integrationsbeauftragte. Deshalb will sie mehr den Fokus darauf legen, maßgeschneiderte Angebote zu schaffen. Eine Prioritätenliste für ihre Aufgaben will sie aber aus der Arbeit entwickeln: „Ich spreche ganz viel mit den Menschen – gehe zu den Migrantenvereinen, dort wo ich etwas über die Menschen erfahre, und versuche die Mitarbeiter in der Verwaltung für das Thema zu sensibilisieren. Auch die Verwaltung muss noch offener werden.“

Dresden ist in den Augen von Frau Kruse weltoffen. „Aber es gibt eine latente Fremdenfeindlichkeit, die bei alltäglichen Pöbeleien beginnt und bis zu körperlichen Übergriffen reicht. Rechte versuchen, Kinder und Jugendliche für sich zu begeistern. Das darf man nicht unterschätzen. Man darf nicht wegschauen – die ganze Stadt muss sich gegen Fremdenfeindlichkeit bekennen.“

Der Mord an der Ägypterin Marwa El-Sherbini war auch für Frau Kruse ein Schock: „Dass sowas auch in Dresden passiert ist, müssen wir in Erinnerung behalten und etwas dagegen tun. Die Welt nimmt das wahr und Ausländer werden vorsichtiger, nach Dresden zu kommen.“ Derzeit leben hier etwa 24.000 Ausländer und ungefähr nochmal so viele Menschen mit Migrationshintergrund wie Spätaussiedler. „Die Dresdener müssen noch mehr erkennen, dass Ausländer ein Zugewinn für die Stadt und das Leben hier sind“, so Kruse.

Vielleicht sollte mein Bruder das Gespräch mit ihr suchen,

nachdem er an einer Ampel im Auto wartend von zwei arabischstämmigen Kerlen zusammengeschlagen wurde. Trotz Anzeige (Nummernschild der Täter liegt vor) ist das der hiesigen Morgenpost keine Silbe wert. Das liegt wohl auch daran, dass mein Bruder bei der Aufzeichnung im Revier 2 darauf bestand, dass im Protokoll vermerkt wird, dass es ausländische Schläger waren. Unglaublich aber wahr.

Kontakt:

Stadtverwaltung Dresden
Integrations- und Ausländerbeauftragte
Dr. Uta Kruse
PF 12 00 20
01001 Dresden
Tel.: (0351) 488 2376
Fax.: (0351) 488 2709
UKruse@dresden.de

Augenzeugenberichte aus Dudley



Die Dachbesetzung von EDL-Leuten über dem Grundstück einer geplanten Moschee in Dudley ([PI berichtete](#)) endete damit, dass die beiden Jungs, die sich „Snowy“ und „Leon“ nennen, durch schwer bewaffnete Polizeieinsatzkräfte vom Dach des Gebäudes [vertrieben worden sind](#). Mehrere Augenzeugen berichten von deutlich sichtbarer Gewaltanwendung seitens der Polizei.

Gemäß EDL-Angaben befinden sich die gestern Festgenommenen auf der Bliston Polizeiwache in Wolverhampton. Man gewährt ihnen angeblich nicht einmal das Recht, einen Anruf zu tätigen. Die Polizei meint dazu „ihre Menschenrechte wurden auf später verschoben“.

Augenzeugenberichte aus Dudley:

*„Ujac“: Wir haben die Polizeibrutalität an diesem Nachmittag von ihrer übelsten Seite gesehen. Sie flogen mit dem Hubschrauber direkt über das Dach, um den Lärm des Angriffs vor der EDL zu verbergen. Von unten aus sahen wir Polizisten in voller Kampfausrüstung und Pistolen auf dem Dach. Ich selbst und einige andere sahen, wie einer der Polizeibeamten „Leon“ siebenmal gestoßen hat. Ich und andere aus meiner Abteilung werden für die Jungs vor Gericht als Zeugen aussagen, wenn es nötig ist. Es war einfach nur ver***beschämend.*



Diese Aussagen bestätigt „Bolton Babe“, von der die Fotos stammen:

„Ich war in Dudley gestern. Ich sah, wie die Polizei einen unserer Jungs auf dem Dach geschlagen hat.“



„Agamemnon“: Ich war dort und kann sagen, die Polizei war nicht sehr hilfreich uns gegenüber. Muslimgangs streiften durch die Straßen und suchten nach uns. Wir hatten gehört, dass eine große Gruppe von der Hauptmoschee her kommt. Einige ortsansässige uns etwa 10-15 EDL-Leute waren in dieser Richtung unterwegs. Diese Muslimgruppe kam schreiend um die Ecke und bellte nach unserem Blut. Eine Gruppe Polizisten war dabei, aber die spazierte einfach weiter, als schlenderten sie durch den Park. Die Ortsansässigen ergriffen die Flucht, woraufhin sich auch die EDL-Leute zurückziehen mussten. Wir können ihnen deswegen keine Vorwürfe machen. Sie wären von den Muslimen nur gejagt worden.



*„Lurch“: Ich war um 1 Uhr nachts auf dem Heimweg von der Demo, aber die Hauptstraße war gesperrt, also parkte ich beim Kino. Ich war unterwegs die Straße hinauf, da knallte vor mir eine Autotür. Jemand rief: „Du hast ver*** Nerven, hierher zu kommen, du ver*** weißer Idiot.“ Der Mann und seine „Kumpel“ stiegen aus dem Auto und einer von ihnen packte mich an meiner Kappe und fragte mich, wohin ich gehen wolle. Ich sagte: „Nach Hause. Ich bin nur hergekommen, um zu sehen, worum es bei dieser Aufregung hier geht und meine Neugier zu stillen.“ Da schlug mich dieser Moslem auf den Hinterkopf und ich verlor das Bewusstsein.*

*Als ich wieder zu mir kam, hatte ich ver*** Schmerzen ... Ich ging zur Polizei, aber die ließ mich nicht durch, obwohl sie sahen, dass ich immer noch etwas benommen war und schickte mich zurück. ... Als ich mich auf die Bordsteinkante setzte, kam einer der Polizisten und brachte mich zu den Sanitätern. Die checkten mich durch und schickten mich dann nach Hause.*

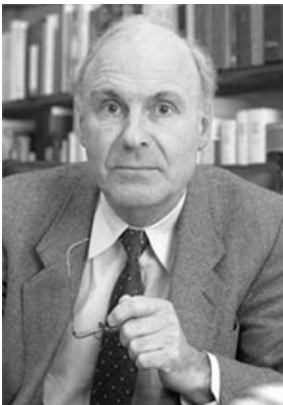
Augenzeugen-Video zu den Ereignissen in Dudley:

Gegenwärtig demonstrieren EDL-Anhänger vor der Polizeiwache für die Freilassung der inhaftierten Mitglieder.

» Kontakt zur zuständigen Polizei der West Midlands:
contactus@west-midlands.pnn.police.uk

West Midlands Police
Bilston Street
GB Wolverhampton WV1 3AA

Der Islam – einfach ein anderer Lebensentwurf?



Der Islam ist nur ein anderes Gesellschaftsmodell, auf das *wir* – speziell nach dem 11. September – mit der Bildung von Parallelgesellschaften reagieren. Völlig unverständlich, dass dieser zur negativen Wahrnehmung des Islam in der Öffentlichkeit führte. Professor Udo Steinbach (Foto), langjähriger Direktor des Orient-Instituts und derzeit Gastdozent in Basel, hatte in Lörrach zum besseren Verständnis des Islam geladen.

Der *Südkurier* [berichtet](#):

Das von den Schweizer Stimmbürgern erwirkte Minarett-Verbot spülte für begrenzte Zeit an die Oberfläche, was in weiten Teilen der Bevölkerung auch in Deutschland schwelt: Das Misstrauen gegen den Islam. Ist die „Islamophobie“ gewachsen? Ja, sagt Professor Udo Steinbach, langjähriger Direktor des

Orient-Instituts und derzeit Gastdozent in Basel, der jetzt zu einem Vortrag in der Lörracher Stadtbibliothek war. Das Thema ist von großem Interesse, der Veranstaltungsraum der Bibliothek war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die deutsche Gesellschaft befinde sich in einer „historischen Situation“, führte Steinbach aus.

Mit der Migration (auch) aus islamischen Ländern kamen andere Gesellschaftsmodelle und Lebensentwürfe ins Land, ohne dass politisch darauf reagiert wurde – das, erklärte der Wissenschaftler, war und ist „nicht leicht zu verkraften“. Die Migration fiel in eine Zeit, da der Islam zu neuem Selbstbewusstsein fand, während in Europa die Verunsicherung wuchs. Vollends der 11. September 2001 weitete eine Kluft, die ohnehin angelegt war. Parallelgesellschaften entstanden, Stereotypen verfestigten sich. Die Wahrnehmung des Islam in der westlichen und auch in der deutschen Öffentlichkeit wurde so negativ, wie sie weithin heute noch ist. Soweit der beunruhigende Befund.

Den Massenmord im Namen Allahs des 11. September wegstecken wie eine Naturkatastrophe? Zwangsehen als „anderes Gesellschaftsmodell“ hinnehmen? Was ist daran eine „Stereotype“, wenn man dies aus tiefstem Herzen verurteilt?

Positiv bewertete Steinbach deutschsprachigen Islamunterricht und theologische Fakultäten, die zeigten, dass „der Islam hier angekommen ist“. Die Notwendigkeit einer Erneuerung werde auch Menschen muslimischen Glaubens klar – wiewohl nur langsam. Steinbach leugnete nicht, dass die Entwicklung eine Schnecke ist und die Widerstände auf beiden Seiten beträchtlich sind. Eine große Leistung werde hier wie dort gefordert: Eine Integration zweier Kulturen, bei der beide „das Essenzielle an Wertvorstellungen nicht aufgeben“. Hilfreich wäre schon, wenn der Islam nicht beständig in einem „schrägen Licht“ dargestellt werde, focussiert auf „Ehrenmorde“, die mit dem Islam nichts zu tun hätten, auf

Kopftuchdebatten oder Jugendkriminalität. Das „Kollektiv der Muslime“, das es in der Realität nicht gebe, werde negativ belegt, meint Steinbach.

Wir lernen, dass es „den Islam“ nicht gibt und Negatives sowieso nichts mit dem Islam zu tun hat. Was würde eigentlich dem passieren, der einen „gemäßigten Nationalsozialismus“ integrieren will, eben ein anderes Gesellschaftsmodell? Da will zurecht keiner etwas von wissen. Beim Islam dagegen ist es positiv, dass dieser hier angekommen ist.



ZDF: Zensur-Vorwürfe sind „Schmarrn“



Nach der ZDF-Absage an Kurt Westergaard hat der dänische Karikaturist das ZDF beschuldigt, sich ausgerechnet am gestrigen Tag der Pressefreiheit einer [Selbstzensur](#) zu beziehen. Das ZDF bezeichnete die Vorwürfe von Westergaard als [„Schmarrn“](#). „Die

Absage war eine redaktionelle Entscheidung des ZDF“, sagte Sender-Sprecher Jörg Berendsmeier (Foto l.). Eine Unterhaltungssendung sei nicht die richtige Plattform für die Auseinandersetzung mit diesem Thema. Mit einem Zurückweichen vor Extremisten oder Furcht vor Islamisten habe das nichts zu tun.

PI-Leser *Nockerl* hatte – wie viele andere PI-Leser wohl auch – die Westergaard-Ausladung in einem Brief an das ZDF kritisiert:

*Sehr geehrte Damen und Herren,
wie ich dem Blog blue-wonder.org entnommen habe, sagten Sie ein Interview mit Kurt Westergaard ab, da Sie um die Sicherheit Ihrer Mitarbeiter besorgt waren. Zunächst verstehe ich voll und ganz, dass Sie Ihrer Fürsorgepflicht gegenüber Ihren Mitarbeitern so gut als nur irgend möglich nachkommen wollen und müssen. Allerdings sehe ich dem gegenüber das essentielle Interesse der Öffentlichkeit, insbesondere von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten umfassend informiert zu werden. Aber auch von diesen die Meinungsvielfalt innerhalb der Gesellschaft widergespiegelt zu sehen und der gesellschaftlichen Diskussion eine Plattform geboten zu bekommen. Dieses Interesse muss umso stärker gewichtet werden, als es einer Partei oder Gruppe darum geht, diese Meinung zu unterdrücken.*

Wer – wie Sie – einer Meinung das Forum entzieht, weil er Gewalt fürchtet, gibt der Gruppe nach, die mit Gewalt(-androhung) Meinungen zu unterdrücken sucht und dies in dem von Ihnen verantworteten Fall auch erreicht. Sie haben damit den Gewaltbereiten einen Erfolg verschafft und somit das Problem verstärkt. Leider kann ich Ihnen den Vorwurf nicht ersparen, das Verhalten der militanten Islamisten, Meinungen durch Gewalt zu unterdrücken, bestärkt und es somit für Menschen mit der Sichtweise des Herrn Westergaard oder auch für Frau Hirsi Ali, Frau Ates, Frau Kelek und viele andere noch gefährlicher gemacht zu haben. Sie haben somit zu Lasten

islamkritischer Mitbürger und – wie im Falle der Frau Ates – den an einer Reform des Islam Interessierten und Arbeitenden die Sicherheit Ihrer Mitarbeiter (scheinbar) erhöht. Das mag nicht Ihre Absicht gewesen sein, es ist aber dennoch die Folge Ihres leichtfertigen Handelns.

Zudem haben Sie Ihrer eigenen Glaubwürdigkeit einen Bärendienst erwiesen. Wie soll sich angesichts Ihres Verhaltens der Zuschauer sicher sein, dass Sie so manches Thema oder auch die ein oder andere Meldung nicht schlichtweg unterschlagen oder aber ihr zumindest eine für die Gewaltbereiten genehmere Färbung geben, um eine vermeintliche Sicherheit zu erreichen?

Interessant finde ich in diesem Zusammenhang [Ihre eigene Werbung und Vernetzung](#) für den „Kampf gegen Rechts“. So wichtig und richtig es ist, sich gegen jede Form des Extremismus und damit AUCH gegen den Rechtsextremismus zu wenden, zeigt Ihre Auswahl nur allzu deutlich auf, welchen Extremismus Sie für den gefährlicheren halten. Denn während Herr Westergaard sich gegen den islamischen Extremismus wendet und dabei von Ihnen aus Angst im Stich gelassen wird, sehen Sie für Ihre Mitarbeiter ganz augenscheinlich keine Gefahr gegeben, wenn Sie sich gegen den Rechtsextremismus wenden. Andernfalls wäre zu erwarten, dass Sie mit der gleichen Überlegung in Hinsicht auf die Sicherheit Ihrer Mitarbeiter dem „Kampf gegen Rechts“ keine Plattform böten.

Da Sie sich aber offensichtlich nur gegen Extremismus wenden, wenn von diesem keine Gefahr für Sie ausgeht und im gegenteiligen Falle sich für Nachgeben entscheiden, verkommt Ihr „Widerstand“ gegen Extremismus zur lächerlichen Attitüde. Daher fühle ich mich angesichts Ihres Verhaltens an die Feststellung erinnert, dass der Kampf gegen Hitler umso entschlossener geführt wird, je länger er tot ist.

Mit enttäuschten aber dennoch freundlichen Grüßen

Und erhielt folgende Sammelmail:

Sehr geehrte(r) Frau/Herr xxx,

vielen Dank für Ihre E-Mail an das ZDF.

Ihre Kritik an der Absage des geplanten Interviews mit Kurt Westergaard in der Sendung „Markus Lanz“ haben wir der zuständigen Redaktion unseres Hauses zur Kenntnis gebracht. Ihre Ausführungen fließen darüber hinaus in unsere hausinterne Auswertung ein und bilden somit einen wichtigen Hinweis darauf, welche Resonanz unsere Programmarbeit beim Zuschauer findet.

Die Absage war eine redaktionelle Entscheidung des ZDF. Der Vorschlag wurde mit der Begründung abgelehnt, dass eine Unterhaltungs-Talkshow keine geeignete Plattform für eine Auseinandersetzung mit dem Thema ist. Das ZDF hat in anderen Formaten vielfach über den Karikaturenstreit berichtet und wird dies auch weiter tun. Die für Kultur und Zeitgeschichte zuständigen Redaktionen bereiten derzeit eine mehrteilige Dokumentation mit dem Arbeitstitel „Der Heilige Krieg“ vor, die das Thema sowohl aus historischer Perspektive als auch anhand der gegenwärtigen Konflikte und aktuellen Brennpunkte aufarbeitet.

Mit freundlichen Grüßen

ZDF, Zuschauerredaktion

- » [Forum zur Markus Lanz-Sendung](#)
 - » zuschauerredaktion@zdf.de
-

Italien: 500 Euro Strafe für Burkaträgerin



Während fortschrittlichere europäische Länder wie Belgien und Frankreich die Vollverschleierung als Verletzung der Menschenrechte nicht mehr tolerieren und entsprechende Gesetzesvorhaben anstreben, stellt sich die [Bundesregierung auf die Seite der Menschenrechtsfeinde](#). Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages erstellt ein Gefälligkeitsgutachten, das ein Burka-Verbot als verfassungswidrig einstuft und somit gleich die Gültigkeit des Art. 1 GG außer Kraft setzt, wonach die Menschenwürde das höchste und schützenswerteste Gut ist.

Dass die Ganzkörperverschleierung als „mobiles Gefängnis“, [so Silvana Koch-Mehrin](#), Vize-Präsidentin des europäischen Parlaments, den Frauen „das Gesicht und somit ihre Persönlichkeit nimmt“, ist also für den wissenschaftlichen Dienst des Bundestags völlig in Ordnung.

Gleichlautend verkündet Innenminister Thomas de Maiziere, [ein Burka-Verbot sei nicht erforderlich da](#), so die schwachsinnigste Begründung überhaupt, es hierzulande ja allenfalls etwa hundert Burka-Trägerinnen gebe. Als ob die Einhaltung der Menschenrechte eine Frage der Quantität wäre. Mit dem gleichen Argument könnte man auch Kannibalismus gestatten, da es ja nur wenige Kannibalen hierzulande gibt.

Dass auch der Innenausschuss-Vorsitzende Wolfgang Bosbach die Vollverschleierung als vom Grundgesetz geschützte [„freie](#)

Entfaltung der Persönlichkeit“ betrachtet, verwundert dann schon umso mehr, zumal Bosbach nach der Schweizer Minarett-Initiative auf die große Diskrepanz zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung hinwies. Vielleicht sollte Bosbach mal wenigstens einen Tag lang die Burka tragen, um zu verstehen, welche Erniedrigung Frauen da durchmachen müssen. Bei einer testweisen Burka-Anprobe auf dem Stuttgarter Schlossplatz anlässlich einer BPE-Kundgebung am 24. April mochte niemand der Anwesenden (auch nicht die MohammedanerInnen) die Burka freiwillig länger als ein paar Sekunden tragen.

Während also hierzulande noch eifrig debattiert wird und die Bundesregierung sich mal wieder ausdrücklich gegen die Verteidigung der Menschenrechte und gegen den Willen der Bevölkerung stellt, was auch alle Umfragen zum Thema bestätigen, so fackelt man in **Italien** nicht lange. Anstatt neue Gesetze zu erlassen, wendet man einfach konsequent die bestehende Gesetzeslage an, nach der eine Maskierung in öffentlichen Gebäuden grundsätzlich verboten ist. In Novara erhielt eine vollverschleierte Frau eine Geldbuße von 500 EUR, weil sie ein öffentliches Gebäude, in diesem Fall ein Postamt, betrat.

Dass sich daneben auch sogenannte Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International (ai) und Human Rights Watch (HRW) für das „Menschenrecht“ auf Vollverschleierung der Frauen einsetzen, ist nur noch peinlich. Für welches „Menschenrecht“ setzen sie sich wohl als nächstes ein? Für das Recht der Juden auf Tragen des gelben Sterns?



Video: „KoranKinder“



Das erschütterndste Zeugnis über das Koranlernen muslimischer Kinder ist der Film „KoranKinder“ über die Madrassen (Koranschulen) in Bangladesh, der gestern zu später Stunde ([siehe PI-TV-Tipp](#)) im ZDF ausgestrahlt wurde. Wir zeigen den Film, dessen grausame Bilder von Tyrannei des aggressiven Koranschulsystems einen nicht mehr los lassen, nachfolgend in neun Teilen.

Muslimischen Kindern werden in zigtausenden Madrassen weltweit, von Berlin bis Bagdad, die gesamten Koransuren von Koran“lehrern“ eingepaukt. Madrassen unterwerfen die Kinder unter ein Ziel: Das Auswendiglernen des Korans, mit erbarmungslosem Drill. Schon mit drei Jahren beginnen die Kinder in der Koranschule, bis zu zehn Jahren kann das endlose Wiederholen der Suren dauern, bis zum totalen Stumpfsinn, ein gesamtes Schülerleben lang. Dann ist das Ziel erreicht: das komplette Zitieren der 6.236 Verse des Korans, das gilt als „göttliches“ Werk.

Diese „Zitierautomaten“ erwerben einen besonderen Status, sind „Hafiz“ oder Hafidh (arab. für Behüten). Je früher das Kind

den ganzen Koran zitieren kann, am besten mit sieben Jahren, desto höher ist der Familienstatus. Die Familie eines Hafiz ist „gesegnet“ und der „Hafiz“ sichert den Platz im Paradies für alle Familienmitglieder. Die vielen Kinder-Zitier-Wettbewerbe in der muslimischen Welt zeugen vom überspannten Ehrgeiz der Familien, das eigene Kind zum Hafiz zu machen.

Die Familien opfern deshalb ein Kind, um die „Punkte fürs Paradies“ nicht selbst erbringen zu müssen. Wir können alle sündigen, unser „Hafiz“ reißt alles wieder raus bei der „Paradiesprüfung“. Die Madrassen-Internate sind besonders mit Kindern armer Familien bevölkert, denn sie sind kostenlos, Vollpension inklusive, staatliche Schulen kosten Geld. Die armen Familien akzeptieren ihre Armut, dürfen sie sich doch mit dem familieneigenen Hafiz besonders „gläubig“ fühlen. Wie praktisch! So spart sich ein islamischer Staat jedes Nachdenken über ein Sozialsystem.

Pointe des Ganzen, die diesen Wahnsinn mit Methode illustriert: Die muslimischen Kinder wissen nicht, was sie auswendig lernen, denn die Koransprache ist Hoch-Arabisch wie vor 1.400 Jahren, die heute nicht mehr gesprochen wird. Die erwachsenen Muslime, auch Araber, verstehen mehrheitlich nicht, was im Koran steht. Sie sprechen alles nur nach. In der arabischen Welt werden heute verschiedene regionale arabische Dialekte gesprochen, die dürfen aber nicht aufgeschrieben werden, weil das die „Göttlichkeit“ der Koransprache verletzt. So ist der Kreis des Analphabetentums geschlossen. Eifernde Muslime, die „schwören, dass das im Koran steht“, wissen meist nicht, wovon sie reden.

Wer die Kinder aus den Madrassen gesehen hat, wird Zeuge einer jahrelangen systematischen seelischen Verkrüppelung der kindlichen Psyche. Das stumpfsinnige Vorsichhinreden ohne Sinn, das ewige Vor- und Zurückwippen der Oberkörper im Sekundentakt ist FOLTER. Sie werden von Sonnenaufgang bis -

untergang zum Vorsichhinreden gezwungen. Es gibt keine Spiel- oder Erholungspausen, keine Kreativität, neuriges Entdecken der Welt, absolut nichts, was aus Kindern freie Menschen macht. So berichten die Kinder von ewiger Erschöpfung, psychisch und physisch, sie verlieren jede Lust am Lernen, kleine Kinder sind schon apathisch, Aussteiger sind für immer gezeichnet.

Gebrochene Menschen, die wie Zombies wirken, das Gehirn mit Millionen unverständlichen Worten gefüllt. Der perfekte „Sklave“ jeder islamistischen Bewegung. Komisch, dass das noch keine Menschenrechtsorganisation gegen Folter realisiert hat. Vielleicht weil es die Religion Islam ist?

» [Teil 5](#)

» [Teil 6](#)

» [Teil 7](#)

» [Teil 8](#)

» [Teil 9](#)

(Videobearbeitung: Antivirus)

**Sitzblockaden sind einer
Demokratie unwürdig**



Sehr geehrte Damen

und Herren, wie ich aus den Medien entnehmen konnte, sind Sie Befürworter der Sitzblockaden und halten diese für gewaltfrei und legitim. Ich beobachte dies nun schon seit geraumer Zeit. Welches Recht glauben Sie zu haben, auf welches Recht berufen Sie sich?

(Offener Brief von Wolfgang Japes an Walter Momper, Petra Pau, Claudia Roth und Wolfgang Thierse)

Ich komme mehr und mehr zur Überzeugung, dass Sie Demokratie nicht verstanden haben. Auf Gefahren hinzuweisen ist eine Sache. Menschen an ihrer Meinungsäußerung, den Zugang zur Informationsbildung (Köln, Pro NRW, etc.) zu hindern, jedoch eine andere. Wie heißt es so schön, die eigene Freiheit hört dort auf, wo die Freiheit des anderen beginnt. Welches Recht glauben Sie zu haben, das Andersdenkende daran hindern soll, rechtskonform ihre Meinung zu äußern, oder Interessierte sich Informationen aus erster Hand zu beschaffen. Für sich selbst nehmen Sie doch auch dieses Recht in Anspruch.

Glauben Sie ernsthaft, dass Sie die Einzigen sind, die über das Gute oder Schlechte einer Sache entscheiden können? Die Ableitung dessen bedeutet, Menschen, die Ihren vermeintlichen geistigen Horizont nicht haben, müssen vor solchen Informationen geschützt werden. Dies bedeutet wiederum, dass Sie Menschen klassifizieren in politisch, geistige Oberschichten und geistige Unterschichten.

Hier sei die Hypothese gewagt, sie wollen Gewalt provozieren,

um dann mit dem Finger auf die Richtigkeit Ihrer Prognose hinzuweisen. Im Selbstverständnis, dass Sie sich ja augenscheinlich passiv verhalten haben. Jegliche Form der Gewalt erzeugt Gegengewalt und für diese sind Menschen wie Sie verantwortlich.

Der entscheidende Denkfehler Ihrer Ideologie ist, Sie verwehren Menschen den Zugang zu Informationen. Diese sind jedoch für geistiges Wachstum genauso wichtig wie Luft, Wasser und Nährstoffe für das körperliche Wachstum. Sie glauben, Sie seien damit tugendhaft? Nehmen Sie es wörtlich: „Die Tugend in der Haft“ und leiten Sie es ab, je größer die Tugend desto kleiner das Gefängnis! In diesem Gefängnis möchte ich persönlich nicht sitzen.

Eine Sitzblockade ist die Verweigerung des Zugangs zu einer Quelle, ein Zaun, eine Mauer. Ein Radikaler die Selbstschussanlage, der Mauerschütze. Sie befürworten, was einer Demokratie unwürdig ist und eher dem Tun eines totalitären Staates entspricht, ganz nebenbei ist es ein Aufruf zur Störung der öffentlichen Ordnung.

Wolfgang Japes

PI-Beiträge zum Thema:

- » [Sonne, Mond und Sterne...](#)
- » [Thierse verteidigt Demokratie mit Rechtsbruch](#)

Abu Bilal – Islamprediger auf Staatskosten



Kann ein Polizeibeamter wie der Bad Homburger Abu Bilal (Foto), der einst einen Eid auf das Grundgesetz ablegt hat, dann zum Islam konvertierte, heute als Hardliner gilt und [im Internet predigt](#), weiterhin Polizeibeamter sein? Zwar ist der 39-Jährige jetzt schon im Ruhestand (der Antrag soll in Rekordzeit durchgegangen sein), es wird aber noch strafrechtlich gegen ihn ermittelt.

Die Frankfurter Neue Presse [berichtet](#):

Wer in den Staatsdienst eintritt, muss einen Eid auf das Grundgesetz leisten. Das gilt für den Beamten im Rathaus genauso wie für den Polizeibeamten. Damit dokumentiert man, dass man Recht und Gesetz seines Landes achten und alles unterlassen wird, was dem deutschen Staat schaden würde. Diesen Eid hat auch der Bad Homburger Polizist Abu Bilal geleistet – allerdings bevor er vor ein paar Jahren zum Islam konvertierte. Der Fall des Gesetzeshüters, der sich nicht von der Bibel, sondern dem Koran leiten lässt, hat hohe Wellen geschlagen.

Vergangene Woche berichtete das RTL-Magazin in seiner Sendung «Guten Abend» über den Homburger. Es geht um mehr oder weniger offene Islamismus-Vorwürfe, den Schutz der Verfassung und nicht zuletzt auch um die Frage, ob ein deutscher Polizeibeamter Moslem sein kann und darf.

Denn Abu Bilal ist kein stiller Gläubiger, er ist viel mehr so was wie der Internet-Star der hessischen Muslime. Es gibt im Netz unzählige Videos, in denen der 39-Jährige Vorträge zu religiösen Themen hält. Mal geht es um die Stellung der Frau im Islam, mal um die Schari'a, das Gesetz des Islam («Aus dem Glauben erfolgt die Tat»). In mehreren Videos beklagt er, dass «weltweit gegen den Islam gehetzt und Lügen erzählt würden». Vor allem auf der Seite dawaffm.de ist Abu Bilal häufig zu sehen. Die gleichnamige Frankfurter Organisation betreibt eine missionarische Internetseite und einen Fernsehsender, der ebenfalls im Internet zu sehen ist. Sie werben vor allem um junge Mitglieder. Der Frankfurter Stadtverordnete Turgut Yüksel (SPD), der der Islam-Konferenz der Innenminister in Berlin angehört, stuft Dawa als «streng religiöse Gruppierung mit fundamentalistischen Zügen» ein.

In einem seiner Beiträge im Internet bezeichnet der Staatsdiener die Missachtung der Geschlechtertrennung als Sünde. Im RTL-Bericht wertet die Marburger Islamwissenschaftlerin Prof. Ursula Spuler-Stegemann eine solche Aussage als nicht verfassungskonform. Für sie ist der 39-Jährige ein «Hardcore-Moslem».

Zur Abgabe der Dhimmi-Steuer, um den Staatsfeind zu bezahlen, ist der Ungläubige gut genug. Ansonsten hat er die Klappe zu halten und seinen integrationspolitischen Pflichten nachzukommen.

(Spürnase: Babieca)

Neue UNO-Resolution schützt den Islam



Während viele Kirchenvertreter beim Thema Islam herumtlavieren, bleibt zumindest die Evangelische Allianz (Vereinigung von evangelischen Landes- und Freikirchen) ihrem Glauben treu – und kommuniziert notwendige Kritik am Islam. So meint das Islaminstitut der Evangelischen Allianz im Hinblick auf die zunehmende islamische Dominanz in der UNO: „Die erneuerte UNO-Resolution schützt den Islam auf Kosten der Menschenrechte“, heißt es in einer [Pressemitteilung zur UNO-Resolution](#) „gegen Diffamierung von Religionen“ von Prof. Christine Schirmacher (Foto r.).

Und weiter:

Mithilfe der Resolution solle offensichtlich der Islam allein unter den Schutz der UNO-Verlautbarung gestellt und so vor jeglicher kritischer Auseinandersetzung insbesondere mit dem politischen Islam bewahrt werden. [...] Islamische Kräfte im UN-Menschenrechtsrat setzen sich nachdrücklich für eine Definition der Menschenrechte nach islamischem Verständnis ein.

Das jetzt vom UNO-Menschenrechtsrat verabschiedete Dokument spricht im Titel zwar allgemein von Religionen, die nicht diffamiert werden sollen, aber im Text werde ausschließlich mehrfach der Islam namentlich genannt, erklärte Schirmacher.

Von der zunehmenden Diskriminierung und Verfolgung christlicher und anderer Minderheiten in islamischen Ländern ist dagegen an keiner Stelle die Rede. Stattdessen enthält die Resolution eine scharfe Verurteilung des Minarettverbots, ohne die Schweiz namentlich zu erwähnen. Als „Manifestationen von Islamophobie“ könnten solche Diskriminierungen, so das Papier in drohendem Unterton, zu einer „Polarisierung [...] mit gefährlichen unbeabsichtigten und unvorhergesehenen Konsequenzen“ führen. Die EU, die USA und mehrere lateinamerikanische Staaten hatten gegen den Entwurf der Organisation islamischer Staaten (OIC) gestimmt, der mit 20 Ja-Stimmen bei 17 Gegenstimmen und acht Enthaltungen angenommen wurde.

Pakistanisches Blasphemiegesetz bedroht jegliche Islamkritik mit dem Tod

Pakistan hatte den Entwurf im Namen der OIC eingebracht. Das pakistanische Blasphemiegesetz bedroht jegliche Islamkritik mit dem Tod und, so Schirmmacher, werde immer wieder zur Unterdrückung religiöser Minderheiten und missliebiger Personen missbraucht.



Die christliche Minderheit in

Pakistan: staatlich vom Tod bedroht bei Kritik am Islam.

Die 57 Mitgliedstaaten der OIC hatten die Bekämpfung der Islamophobie bereits im Dezember 2005 während des Karikaturenstreits in ihr Zehnjahres-Aktionsprogramm

aufgenommen. So sollten über die UN alle Staaten dazu aufgerufen werden, Gesetze gegen Islamophobie – also eine krankhafte und vermeintlich unbegründete Angst vor dem Islam – zu beschließen – und zwar einschließlich abschreckender Strafen. Dahinter steht laut Schirmmacher der Wunsch, die Überzeugung politisch umzusetzen, dass der Islam die allen anderen überlegene und vollkommene Religion ist, die das gesamte persönliche und gesellschaftliche Leben regelt. Aus offizieller OIC-Sicht kann es daher keine vernünftigen Einwände und begründeten Ängste gegenüber dem Anspruch des Islam geben.

Menschenrechte nur in Übereinstimmung mit der Scharia

Eine Islamisierung des Menschenrechtsverständnisses hätte laut Schirmmacher schwerwiegende Folgen. Im Vorwort der Kairoer Menschenrechtserklärung der OIC von 1990 wird mit Verweis auf den Koran die islamische Umma als die beste Gemeinschaft beschrieben. Die Gesetze der Scharia werden als verbindliche Gebote Gottes definiert. Wer sie einhalte, verehere Gott. Wer sie missachte oder verletze, begehe eine schreckliche Sünde. Menschen sind daher laut Artikel 1 durch die Unterwerfung unter Gott vereint. Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit steht unter Schariavorbehalt (Art. 2). Meinungsfreiheit und Information darf „nicht dazu eingesetzt und missbraucht werden, die Heiligkeit und Würde der Propheten zu verletzen [oder] die moralischen oder ethischen Werte auszuhöhlen“ (Art. 22). Wenn daher Papst Benedikt XVI. in seiner Regensburger Rede vom September 2006 Muhammads Feldzüge kritisch beleuchte, überschreite er die Grenzen islamisch legitimer Meinungsfreiheit. Auch der dänische Zeichner der Muhammad-Karikaturen kann sich aus dieser Perspektive nicht auf die Kunstfreiheit berufen. Eine solche Definition von Menschenrechten und Enthebung des Islam von jeglicher kritischer Betrachtung würde die universellen Menschenrechte erheblich einschränken, so Schirmmacher. [Hier der ganze Text...](#)

(Gastbeitrag von jeshuafan)

Berlin will Migranten gesetzlich bevorzugen



Der rot-dunkelrote Berliner Senat will künftig ein Gesetz erlassen, nach dem Migranten positiv diskriminiert werden sollen, indem sie im öffentlichen Dienst bevorzugt eingestellt werden. Von Migranten geführte Betriebe sollen außerdem bei der Vergabe öffentlicher Aufträge leichter als deutsche Kartoffeln den Zuschlag erhalten. Damit würde die Hauptstadt ihre „Rolle als Schrittmacher in der Integrationspolitik“ unterstreichen, sagte Integrationssenatorin Carola Bluhm (SED, Foto).

Die Morgenpost [berichtet](#):

Der Berliner Senat bereitet ein Gesetz vor, das Migranten bei der Einstellung im öffentlichen Dienst und bei der Vergabe von Aufträgen gegenüber anderen Bewerbern und Anbietern bessere Chancen sichern soll. Entsprechende Regelungen will die rot-rote Koalition in einem „Integrations- und Partizipationsgesetz“ festhalten, das der Senat bis zum Ende dieses Jahres erarbeiten will und das bis März 2011 vom Abgeordnetenhaus beschlossen werden soll.

Weil es rechtlich nicht möglich sei, die Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund in den Behörden und

öffentlichen Betrieben durch Quoten zu regeln, will der Senat die Anforderungsprofile für zu besetzende Stellen neu formulieren. So sollen häufiger als bisher „Sprachkenntnisse“, „Mehrsprachigkeit“ oder „interkulturelle Kompetenz“ verlangt werden. Es sei davon auszugehen, dass nur „Personen mit Migrationshintergrund“ das Eignungsmerkmal der „muttersprachlich beherrschten Fremdsprachenkenntnisse“ erfüllten, heißt es in der Vorlage.

Im Vergaberecht will der Senat prüfen, ob von Migranten geführte Firmen gegenüber anderen bevorzugt werden können. Vorbild ist die bereits praktizierte Bevorzugung von Ausbildungsbetrieben: Bisher dürfen in Berlin solche Firmen eher Aufträge erhalten, die Jugendliche ausbilden. Entsprechend könnte ein Passus eingeführt werden, bei gleichwertigen Angeboten künftig auch Unternehmen, die von Migranten geführt werden, eher mit Aufträgen zu bedenken.

Aber das sind noch nicht alle Überraschungen, die das neue Gesetz bereit hält:

Weiterhin soll das Integrationsgesetz Artikel enthalten, die die Teilhabe und Aktivierung der Einwanderer in der Stadt stärken. So soll unter anderem der Zwang, Verstorbene in einem Sarg zu bestatten, mit Rücksicht auf die Gebräuche der muslimischen Gemeinschaft entfallen. Zudem wird geprüft, ob Verstorbene – wie bei den Muslimen üblich – schon innerhalb von 24 Stunden beerdigt werden dürfen. Außerdem wird der Begriff der „kirchlichen Feiertage“ aus den Gesetzestexten gestrichen. Er wird ersetzt durch den Passus „religiöse Feiertage“, die von christlichen Kirchen, den muslimischen Glaubensgemeinschaften, den jüdischen Gemeinden und anderen Religionsgemeinschaften begangen werden.

Noch fortschrittlicher wäre es, den Zwang nach einem qualifizierten Schulabschluss abzuschaffen. Wer weiß, ob sonst genügend Migranten da sind...

(Spürnasen: Werner Sch., Conny, Klabuster und madshark)



Erste jüdische Parade in Berlin seit Kriegsende

☒ Zum [Lag BaOmer-Fest](#), einem Freudentag zwischen Passah und dem jüdischen Pfingstfest, fand am Sonntag in Berlin die erste jüdische Parade seit Ende des zweiten Weltkrieges statt. Der Umzug begann am Adenauerplatz, ging über die Brandenburgische Straße zur Münsterschen Straße bis zum jüdischen Bildungszentrum von [Chabad Lubawitsch](#), der Organisatorin der Parade und des Straßenfestes.

Die Zeit [schreibt](#) zum Anlass:

Begonnen hatte das Fest mit einer Parade. Rund 1500 Menschen begleiteten drei geschmückte Wagen, deren Fahrt vor dem Eingang des Straßenfestes endete. Unterstützt wurde die Parade von mehr als 20 jüdischen Organisationen, Institutionen und Vereinen sowie von der israelischen Botschaft. Ähnliche Paraden gibt es in London, New York und Paris.

„Wissen bringt Toleranz“, sagte Teichtal weiter. Das ist auch ein Grund, weswegen er Amerika 1996 verlassen hat. Ein Rabbiner hatte ihm erklärt, dass man Deutschland nicht ignorieren könne. Er solle hingehen und die jüdische Gemeinde

aufbauen. Nie zu vergessen, sei wichtig. Aber wichtig sei auch die Gegenwart. Und diese zeigt, dass das jüdisches Leben in Deutschland heute aktiver denn je blühe, hieß es von der Gemeinde.

Inzwischen zählt die Jüdische Gemeinde in Berlin nach eigenen Angaben mehr als 11.000 Menschen zu ihren Mitgliedern und ist damit die größte in Deutschland. Das jüdische Leben in Berlin wachse enorm, sagte auch der Rabbiner Teichtal. Insbesondere bei den jungen Menschen. Dass sei auch der Grund, weswegen sie jetzt dieses Straßenfest veranstalten.

Im Vordergrund des Festes stehen eindeutig die Kinder. Es gibt eine Hüpfburg, mehrere Karussells, Clowns und eine eigene Kinder-Bühne. Die älteren fühlen sich fast überflüssig, wie zwei Damen scherzhaft sagten.

Beim Berliner Rabbi Teichtal, der um Toleranz gegenüber Juden in Berlin wirbt, handelt es sich um denselben Mann, der im November 2008 mit seinen Schülern in einem Kleinbus von Libanesen gejagt und antisemitisch beleidigt wurde ([PI berichtete](#)).

PI-Leserin „Edda L.“, eine Teilnehmerin des Freudenfestes am Sonntag schreibt:

Es waren richtig die Lebensfreude, das Lebensbejahende zu spüren. Das Fest bewies ganz deutlich, dass jüdisches Leben eine Bereicherung im positiven Sinne (Bedeutung Befruchtung) für alle anderen Kulturen der Welt ist. Die Freude am Leben, Sehnsucht nach Frieden kamen richtig zur Geltung.

Bilder zur Jewish Parade in Berlin:

Weitere Bilder [finden Sie hier](#) und auf der [Website der Chabad Lubawitsch](#).

Kriminalbeamte weit weg von Recht und Etikette



Zwischen den Polizeigewerkschaften in NRW tobt derzeit ein „Verteilungskampf“, bei dem sich die Kriminalbeamten der Gewerkschaft [„Bund Deutscher Kriminalbeamter“](#) (BDK) mit Methoden hervortun, die sich weit jenseits jeglicher Etikette und außerhalb von Recht und Gesetz befinden dürften. Es geht um hochdotierte Funktionsstellen für die Polizei NRW, welche die Beamten der Kriminalpolizei in voller Gänze (!) für sich beanspruchen. Im Rahmen dieser Auseinandersetzung wurden vom stellv. Vorsitzenden, Rolf Jaeger (Foto), jetzt interne E-Mails veröffentlicht.

Was uns bisher nur vom linken Journalistenblog „Ruhrbarone“ im aktuellen NRW-Wahlkampf bekannt war und Persönlichkeitsrechte in Form der Geheimsphäre verletzt, geht jetzt auch bei den Beamten der Kriminalpolizei in deren gewerkschaftseigener Mitgliederzeitung „Der Kriminalist“ los, welche der leitende Kriminaldirektor Jaeger als [Chefredakteur](#) herausgibt. In der aktuellen Mitgliederzeitung ist zu lesen:

Es kommt sehr selten vor, dass eine lange Jahrzehnte bestehende Freundschaft zwischen zwei Duisburgern, die sich in der Gewerkschaftsarbeit für DPoIG und BDK sogar noch festigte, so endet und die Kriminalpolizei und der BDK regelrecht „geleimt“ wurden, was man von Freunden nicht erwartet.



Der BDK demonstriert beim Landesparteitag der FDP in Siegen. Die Siegener Kollegen bezeichnen Innenminister Dr. Wolf als „Totengräber der Kripo“.

Hartnäckig halten sich im Innenministerium, bei vielen Führungsverantwortlichen der Polizei und auch Kolleginnen und Kollegen in der Kripo die Gerüchte, dass die aktuellen vielfältigen Proteste des BDK gegen den Innenminister und seine Entscheidungen i.S. FZO eine fragwürdige Grundlage haben. Dem BDK sei im Rahmen

der Verhandlungen um die 600 neuen Stellen in A12 und A13, die zunächst der BDK aus dem Stellenpotenzial der A11-Stellen gefordert hatte, niemals zugesagt worden, dass die Kripo die 450 Stellen aus dem 1. Stellenklaus zurück erhält. Dies sei nie eine realistische Erwartung gewesen. Der BDK hat sich angesichts dieser falschen Darstellung entschlossen, entsprechende E-Mails zu veröffentlichen. Hier nun ergänzende Fakten:

Anschließend [werden interne E-Mails veröffentlicht](#), welche zu Beginn des Diskussionsprozesses zur Thematik zwischen den einzelnen Gewerkschaftern sowie Mitarbeitern des Ministeriums in NRW ausgetauscht wurden.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat bereits mit einer [Stellungnahme auf ihren Internetseiten](#) reagiert.

Kurz über den „netten“ Kripomann Jaeger recherchiert, darf man erfahren, dass dieser zugleich auch der [Chef der Kriminalpolizei](#) in Duisburg ist. Dort glänzt der Kriminaldirektor in regelmäßigen Abständen mit neuen Ideen wie „[Arbeitsplatzanalysen](#)“, „[Bossing](#) sowie [Mobbing](#)“ scheint dort ebenfalls ein Thema zu sein. Es ist immer wieder sehr „interessant“ zu beobachten, welche Art „Vertreter für Arbeitnehmerinteressen“ in die Vorstände der Gewerkschaften

gewählt werden. Wir berichten weiter...

Pro NRW setzt Wahlkampftour mit Bus fort



Gestern in Bielefeld:

Rechtsextreme Graue Wölfe attackieren Pro NRW. Foto r.: Patrik Brinkmann mit Bibel.

Nach den [schweren Ausschreitungen](#) des gestrigen Tages in Bielefeld, als Linksextreme zusammen mit Grauen Wölfen den Bus von Pro NRW einkesselten und schwer beschädigten, setzt die Bürgerbewegung ihre „Kreuzzug für das Abendland“-Wahlkampftour zur Stunde [„mit Luftunterstützung“](#) in Paderborn fort. „Wir holen uns unser Land zurück“, so ein kämpferischer Jörg Uckermann gegenüber PI.

» [Polizei-Pressemeldung zu den Vorkommnissen in Bielefeld](#)

15-Jährige

doch

zwangsverheiratet



Über die Behörden im Irrenhaus Deutschland könnte man lachen, wenn es nicht so traurig wäre. Weil die Ämter sich nicht über Zuständigkeiten und darüber einigen konnten, ob eine schwere Menschenrechtsverletzung überhaupt vorliegt, wurde eine 15-jährige „Serbin“ ([PI berichtete](#)), die nun „Fatima“ heißt, jetzt unter den Augen der Polizei zwangsverheiratet.

Das Mädchen war anfangs noch vor der Zwangsehe gerettet worden, nachdem sie ihrem Lehrer ihr Herz ausgeschüttet hatte. Nach ihrer Rettung übergab der Kindernotdienst das Mädchen den Eltern. Diese drehten den Behörden eine lange Nase und brachten ihre Tochter postwendend zu ihrem „Bräutigam“ zurück. Ordnung muss schließlich sein! Dort ging man seit Tagen feiernd ein und aus und hatte offenbar nie Bedenken, ob die „Ehe“ praktiziert werden könnte. Die BZ [schreibt](#) über den erschütternden Fall:

Es ist fast unglaublich, dass es in einer Stadt wie Berlin möglich ist, seine minderjährige Tochter gegen ihren Willen zu verheiraten. Viel unglaublicher ist es aber, wenn deutsche Behörden davon wissen und untätig zusehen.

Am Sonntag berichtete die B.Z. über eine Hamburger Schülerin, die von der Polizei vor einer Zwangsheirat gerettet wurde. Fatima M. ist 15 Jahre alt. Der Mann, dem sie versprochen wurde, heißt Nebojsa R., lebt in Spandau und ist gerade 19 Jahre. Mit einem Hilferuf über das Internet verständigte

Fatima ihren Klassenlehrer in Hamburg „Ich komm hier nicht weg, ich werde eingeschlossen“, schrieb das verzweifelte Mädchen. Die Polizei griff ein, holte das Mädchen aus dem Haus der „Bräutigam“-Eltern in Spandau und übergab sie dem Hamburger Jugendamt. Die Behörde gab es zurück an seine Eltern. „Weil das Mädchen es so wollte“, sagen die Beamten. „War alles ein Missverständnis“, sagte die Familie des „Bräutigams“ der B.Z.

Was danach folgte, wollte Fatima sicher nicht: Nach Informationen der B.Z. wurde die 15-Jährige direkt zurück nach Berlin gebracht und dort – wie geplant – am 1. Mai verheiratet. Am 2. Mai soll die Entjungferung des Mädchens gefeiert worden sein. Traditionell wird dabei mit gekochtem Schnaps auf ein blutiges Laken angestoßen. Das Blut beweist, dass das Mädchen vor der Hochzeitsnacht noch Jungfrau war. Und es beweist, dass sie es nun nicht mehr ist.

12.30 Uhr: Die Berliner Polizei und die bisher zuständigen Kollegen in Hamburg überlegen, wer ab sofort zuständig ist in diesem Fall.

13.30 Uhr: Noch immer scheint die Zuständigkeit nicht klar zu sein.

Unterdessen beobachten B.Z.-Reporter, wie Gäste im Haus der „Bräutigam“-Eltern ein und aus gehen. Es wird gelacht, goldene Tablettts mit Kuchen werden in das Haus gebracht. Es herrscht viel Trubel. Eine Augenzeugin berichtet, dass schon seit mehreren Tagen gefeiert wird.

15.20 Uhr: Die Beamten haben sich entschieden. Das Berliner LKA übernimmt den Fall. Weil in Berlin der Tatort des möglichen Vergehens sei. Doch ob es überhaupt ein Vergehen gebe, müsse vorher noch geklärt werden.

16.30 Uhr: Auf erneute Nachfrage der Redaktion wird mitgeteilt, dass man sich nun entschieden hätte, nicht am selben Tag zu handeln. „Wir werden das Mädchen vernehmen und

gehen den Hinweisen nach“, sagt die Polizei. Wann, sagt sie nicht.

Fakt ist, dass die Polizei davon ausgeht, dass das Mädchen bereits mit ihrem „Bräutigam“ geschlafen hat. „Wir haben mehrere Hinweise, dass es doch zum Geschlechtsverkehr gekommen ist“, bestätigt ein Polizeisprecher der B.Z..

Fakt ist, dass neben der Anzeige der B.Z. weitere Anzeigen aus Hamburg vorliegen, die über eine mögliche Zwangshochzeit informieren.

Fakt ist aber auch, dass das Mädchen noch nicht wieder um Hilfe gebeten hat.

Fakt ist, dass die Polizei damit begründet, nicht direkt einschreiten zu können. „Wir haben das Mädchen nach der Befreiung in die Obhut des Jugendamtes begeben und es ist auf eigenen Wunsch zu seiner Familie zurückgebracht worden“, so der Polizeisprecher.

Auch Innensenator Ehrhart Körting sah gestern keinen akuten Handlungsbedarf. Antwort seiner Sprecherin: „Wir müssen erst mal prüfen, ob er dafür zuständig ist.“

Die Jugendstadträtin von Spandau, Ursula Meys, sagte am Nachmittag der B.Z., sie wolle den Krisendienst einschalten. Doch passiert ist bis zum Abend nichts.

Nur ein Streifenwagen hielt vor dem Haus in Spandau. Allerdings nicht wegen der 15-jährigen Fatima. Sondern um eine Anzeige der Bräutigam-Familie gegen einen B.Z.-Fotografen aufzunehmen, der vor ihrem Haus stand.

Denn Ordnung muss auch in diesem Fall sein, nicht wahr? Bald werden die Polizisten auch auf das blutige Laken anstoßen. Ist das nicht vorbildlich, wie integriert wir schon sind?

(Spürnasen: Chester, Zebulon Feierabend, Israel_Hands,

Venizelos)